

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. September 2007, Lokhalle in Göttingen

G r ü n e

Beschluss

Afghanische Flüchtlinge schützen

Weichenstellungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts

In den letzten sechs Jahren kehrten 4,8 Mio. afghanische Flüchtlinge in ihr Heimatland Afghanistan zurück. Das UNHCR-Hilfsprogramm, das dies flankiert hat, ist bei weitem das Größte seiner Art in der Geschichte der Vereinten Nationen. Auch weit über die Region hinaus hat sich diese Entwicklung bemerkbar gemacht: Die Anzahl der von Afghanen gestellten Asylanträge ging in den Industrieländern stark zurück - von mehr als 54.000 im Jahr 2001 auf weniger als 9.000 im letzten Jahr.

Vor allem die Nachbarstaaten Pakistan und Iran haben über viele Jahre hinweg Flüchtlinge aus dem kriegsgeschundenen Land aufgenommen. Dort haben die afghanischen Flüchtlinge ihrerseits einen positiven Beitrag zur Entwicklung der nationalen Wirtschaft geleistet – unter teilweise schwierigen Lebensbedingungen.

Derzeit leben noch zwei bis drei Millionen afghanische Flüchtlinge in Pakistan und im Iran. Die sozial, wirtschaftlich und sicherheitsbezogen instabile Lage in ihrem Heimatland macht ihnen eine Rückkehr zurzeit nicht möglich. Dennoch haben beide Länder in den letzten Monaten immer wieder damit gedroht, die afghanischen Flüchtlinge auszuweisen. So hat der iranische Staatspräsident sogar den März 2008 als konkreten Termin für die Abschiebung aller afghanischen Flüchtlinge benannt.

Im Iran würde dies etwa eine Million Flüchtlinge betreffen. Seit dieser Ankündigung hat der Iran bereits über 100.000 Flüchtlinge, vor allem Familien mit Kindern, nach Afghanistan abgeschoben. Beobachter gehen davon aus, dass die Flüchtlinge so zum Spielball der iranischen Regierung in den Auseinandersetzungen um das iranische Atom-Programm werden könnten. Die drohende Massenabschiebung wäre nicht nur aus humanitärer Sicht katastrophal, sie hätte gleichzeitig eine destabilisierende Wirkung auf Afghanistan insgesamt.

Auch in Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan befinden sich derzeit etwa 10.000 afghanische Flüchtlinge, die unter sehr schwierigen Bedingungen leben. Vor allem in Tadschikistan sind die Lebensbedingungen der Flüchtlinge verheerend. Bis heute ist es der Weltgemeinschaft nicht gelungen, die Situation dieser 3.000 Menschen – unter ihnen besonders viele ältere und



krankte – zu verbessern und ihnen eine Perspektive zu geben. Für diese Menschen ist ein Resettlement-Programm absolut dringlich.

In Deutschland ist die rechtliche Situation der afghanischen Flüchtlinge unsicher. Über 6.400 von ihnen sind von Abschiebung bedroht. Das ist zynisch, wenn man bedenkt, dass so mancher konservative Politiker aus diesem Land gleichzeitig die Bundeswehr aus Sicherheitsgründen abziehen will. Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich in den letzten zwei Jahren dramatisch verschlechtert. Bereits jetzt sind etwa 350 Menschen – auch Familien – von deutschen Behörden nach Afghanistan abgeschoben worden.

Selbst vom Bundesamt oder den Gerichten anerkannte Flüchtlinge aus Afghanistan müssen in Deutschland jederzeit damit rechnen, dass ihre Anerkennung widerrufen wird – unabhängig davon, wie lange sie in der Bundesrepublik leben und ob sie nicht vielleicht sogar einen Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit haben. In der ersten Jahreshälfte 2007 ist dies in 132 Fällen vorgekommen. Dieser absurde und inhumane Zustand muss schnellstmöglich beendet werden!

Vor dem Hintergrund der sich dramatisch verändernden Sicherheitslage in Afghanistan und im Hinblick auf die aktuellen Rückschläge beim zivilen Aufbau fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- die Innenminister von Bund und Ländern auf, die im Jahr 2005 beschlossene stufenweise Rückführung afghanischer Flüchtlinge aus Deutschland zu stoppen und unverzüglich einen lückenlosen Abschiebestopp für afghanische Flüchtlinge auszusprechen;
- die Bundesregierung auf, geduldeten afghanischen Flüchtlingen, die seit mehr als fünf Jahren über eine Duldung in Deutschland verfügen, ein Aufenthaltsrecht aus humanitären Gründen zu gewähren;
- die Bundesregierung auf, sich endlich dem Resettlement-Programm des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) mit einem großzügigen Kontingent und einem Schwerpunkt auf die Aufnahme afghanischer Flüchtlinge anzuschließen,
- die Bundesregierung auf, die Praxis der Widerrufsverfahren durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unverzüglich zu beenden;
- die Europäische Union auf, mehr Geld für die UNHCR-Missionen in den Nachbarstaaten Afghanistans bereit zu stellen;
- die Nachbarstaaten Afghanistans auf, Massenabschiebungen, vor allem Abschiebungen von Familien mit Kindern zu unterlassen.